

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

22.1.1927 (No. 18)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Mendel  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Annahme des Auftrags durch Dr. Marx

Dr. Marx hat nunmehr in aller Form den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts auf der Grundlage einer Mehrheit der „bürgerlichen“ Parteien angenommen. Aus dieser Tatsache ist zu schließen, daß Dr. Marx glaubt, den Auftrag auch wirklich ausführen zu können. Und nach den neuesten Meldungen ist dieser Glaube wohl nicht unberechtigt. Denn die deutschnationale Presse stimmt dem von der Zentrumsfraktion veröffentlichten Programm zu. Zum mindesten erklärt sie, daß das Programm keine unübersteiglichen Hindernisse aufweise.

Die programmatistische Kundgebung des Zentrums ist nun allerdings so gehalten, daß sie eigentlich viel eher von der Sozialdemokratie, als von den Deutschnationalen hätte akzeptiert werden können. Sie fordert eine wahrhaft soziale Erneuerung im Geist und im Willen, sie verkündet, daß es keine staatliche Wirklichkeit, als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen gebe, sie bekennt sich nochmals ausdrücklich zur Weimarer Verfassung und ihrem Sinn und demgemäß zur deutschen Republik, sie betont, daß es gelte, die Befürchtungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Klassen dienstbar wäre, und daß es gelte, die Rekrutierungsfrage in einer Form zu lösen, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes den Zugang zur Reichswehr ermögliche, sie bekennt sich mit aller Entschiedenheit zu der bisherigen Außenpolitik und fordert deren folgerichtige Fortsetzung und sie proklamiert sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen, die auf alle Schichten des Volkes Rücksicht nehmen, und gegen die jedenfalls die Arbeiterchaft nichts Wesentliches einwenden kann, zumal die Fürsorge für die Arbeiterchaft besonders stark unterstrichen wird.

Wenn wir nun in der führenden deutschnationalen Presse lesen, daß die Deutschnationale Volkspartei grundsätzliche Bedenken gegen das Zentrumsprogramm nicht geltend machen könne, und daß auf der Grundlage dieses Programms wohl sicherlich eine Einigung zustandekommen werde, dann stehen wir hier vor einer der markantesten Tatsachen der neuesten innenpolitischen Geschichte. Denn entweder ist diese Zustimmung der Deutschnationalen zu einem in seinen Grundzügen durchaus republikanisch-demokratischen Programm nur Heuchelei, oder es ist in der Tat so, daß die verantwortlichen Führer der Deutschnationalen Volkspartei eingesehen haben, daß sie sich mit dem republikanischen Staat der Weimarer Verfassung abfinden müssen. Es wird viele Republikaner in Deutschland geben, die die Ehrlichkeit der Zustimmung der Deutschnationalen bezweifeln. Die Optimisten dagegen werden in gewissen Erscheinungen im Lager der Rechten schon längst Anzeichen dafür erblickt haben, daß die Deutschnationalen und die rechtsgerichteten Verbände die Hoffnung auf eine praktische Erreichung ihrer reaktionären Ziele aufgegeben haben und deshalb zur Mitarbeit am neuen Staat bereit sind.

Am zweckmäßigsten wird es wohl sein, sich auf alle Möglichkeiten einzurichten. Von jeher haben wir den Standpunkt vertreten, daß der neue Staat die Aufgabe habe, alle Schichten des Volkes, also auch die Deutschnationalen, an sich heranzuführen, alle Schichten des Volkes für sich zu gewinnen. Ein solcher Prozeß kann natürlich nur langsam verlaufen. Und so dürfte man von den Deutschnationalen nicht gleich verlangen, daß sie über Nacht aus einem Saulus zu einem Paulus werden. Andererseits wird man durchaus darauf gefaßt sein müssen, daß die Deutschnationalen, wenn sie erst einmal in der Regierung sind, alles tun, um diese Regierung im Dienst ihrer parteipolitischen Interessen zu beeinflussen. Und hier ergibt sich denn auch sofort die Aussicht auf bedrohliche Konflikte. Zumal das Zentrum wird wohl seine ganze staatsmännische Kunst und seine ganze politische Energie aufbieten müssen, um zu verhindern, daß die Deutschnationalen ihre Teilnahme an der Regierung etwa doch in einem reaktionären, dem jetzt veröffentlichten Zentrumsprogramm stracks zuwiderlaufenden Sinne ausnützen. Das Zentrum wird dabei ziemlich allein stehen, da die Deutsche Volkspartei wohl eher geneigt sein wird, Hand in Hand mit den Deutschnationalen zu gehen.

Daß die Sozialdemokraten und wohl auch die Demokraten dem neuen Kabinetts ablehnend gegenüberstehen werden, kann man nach Lage der parteipolitischen Verhältnisse wohl ohne weiteres vorhersehen. Doch kommt es ja schließlich wieder auf die praktische Arbeit an, die ein Kabinetts leistet. Und es wäre durchaus denkbar, daß

diese Arbeit, wenn sie faktisch auf der Grundlage des Zentrumsprogramms verläuft, auch die Opposition leidlich zufriedenstellt.

Der gewissenhafte Chronist hat davon Kenntnis zu nehmen, daß die Nachricht, Dr. Marx habe den Reichspräsidenten um die Veröffentlichung seiner Anschauungen gebeten, den Tatsachen nicht entspricht. Rechtsgerichtet Politiker hatten den Inhalt des Briefes schon vor der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Marx zitiert.

### Um 9 1/4 Milliarden

Am Freitag begann vor dem Saager Schiedsgericht für Reparationsfragen der Prozeß um die Entschädigung des deutschen Besitzes im Ausland. Das Saager Schiedsgericht ist eingeleitet worden auf Grund des Dawesplanes, der vorsah, daß alle Streitigkeiten über Reparationsfragen auf schiedsgerichtlichem Wege geregelt werden sollen. Dem Schiedsgericht gehören Vertreter der deutschen Regierung und der Reparationskommission als gleichberechtigte Schiedsrichter an. Zu dem Schiedsgericht, das unter dem Vorsitz des Amerikaners Mr. Perkins steht, gehören außerdem ein Franzose, ein Holländer und ein Schwede.

Es handelt sich um folgenden Streitfall. Artikel 297 des Versailler Vertrages sah vor, daß aller Besitz Deutscher im Ausland den feindlichen Mächten zufallen sollte, die schon während des Krieges mit der Beschlagnahme und der Versteigerung dieses Besitzes begonnen hatten. Darüber hinaus mußte die deutsche Regierung die in dem deutschen Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere und Aktien abliefern. Es wurde ihr die Verpflichtung auferlegt, die deutschen Geschädigten schadlos zu halten. Der Schaden, der, wie genaue Berechnungen ergeben haben, dem deutschen Privatbesitz durch dieses Verfahren zugefügt worden ist, betrug 9,233 Milliarden Mark. Die Verteilung des deutschen Besitzes im Ausland hat nur einen Bruchteil dieser Summe den Regierungen der feindlichen Staaten in die Hände gespielt, denn bei der Größe der Objekte, die verkauft werden mußten, waren Käufer nicht leicht zu finden. Es kam hinzu, daß viele Unternehmen, an denen Deutsche beteiligt waren, infolge des Fortfalls der deutschen Beteiligung zugrunde gingen, so daß auch in diesen Fällen die feindlichen Regierungen einen wirklichen Nutzen von der Beschlagnahme des deutschen Besitzes nicht hatten. Das Verfahren der feindlichen Regierungen war infolgedessen ein Versuch mit allen anerkannten völkerrechtlichen Grundregeln, als zum erstenmal während eines Krieges das Privateigentum nicht geschützt wurde.

Diese Abweichung von dem Grundgedanken des Privateigentums suchten die Entente-Regierungen dadurch zu verhüllen, daß sie Deutschland die Entschädigungspflicht auferlegten. Die deutsche Regierung hat die aufgezwungene Entschädigungspflicht 1919 anerkannt und 1923 gefählich geregelt. Es kam dann die Inflationsperiode, und in der Deflationszeit wurden neue Entschädigungsgesetze für die deutschen Besitzer ausländischen Eigentums geschaffen. Danach sollte ihre Entschädigung 2 und 5 Mark für je 1000 M. betragen. Auch spätere Nachentschädigungsgesetze änderten nichts daran, daß die Entschädigung unzureichend blieb, trotzdem aber die Reichskasse belastete. Das Dawesabkommen setzte nun fest, daß Deutschland außer der festen Jahreszahlung keine weiteren Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag haben sollte. Infolgedessen verlangt die Reichsregierung, daß ein Teil der Jahres-Reparationszahlung abgezweigt wird für die Entschädigung der deutschen Besitzer. Die Reparationskommission befreit diesen Standpunkt und verlangt, daß Deutschland neben den Daweszahlungen mit der Weiterführung der Entschädigungen noch eine zweite Reparationslast auf sich nimmt. Der Vertreter der deutschen Regierung, Prof. Kaufmann, betonte die juristische und moralische Anomalie, die Privatvermögen zur Tragung der Kriegsschuldlasten heranzuziehen zu wollen. Das deutsche Budget dürfe durch Zahlungen im Sinne des Dawes-Gutachten nicht zerrüttet werden. Die Zahlungen könnten nur aus den Überschüssen des deutschen Volkvermögens geleistet werden. Die deutsche Regierung werde sich bemühen, in allen Punkten den Bestimmungen des Dawes-Planes nachzukommen. Sie sei in Sachen der Entschädigung aber der Überzeugung, daß die alliierten Regierungen und die Grundbesitzer von Recht und Billigkeit hinter ihr stehen und nicht hinter der Reparationskommission.

Heute wird für die Reparationskommission Sir John Fisher sprechen. Nach seinen Ausführungen wird noch einmal Professor Kaufmann das Wort erteilt, und dann spricht als zweiter Vertreter der Reparationskommission der Franzose Bon. Die Verhandlungen werden etwa fünf Tage dauern. Die Fällung des Urteils ist erst in etwa drei Wochen zu erwarten.

Anzeige wegen Landesverrat. Die Berliner Blätter hören, soll das Reichswehrministerium beim Oberreichsanwalt in Leipzig die Einleitung eines Landesverratsverfahrens gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Künster veranlaßt haben. Letzterer hatte vor kurzem in sozialdemokratischen Blättern einen Artikel über eine für Deutschland betriebene Verschleppung von Giftgasen in Ausland veröffentlicht und zwar auf Grund einer Unterredung mit sozialdemokratischen Arbeitern die in solchen Munitionswerkstätten Auslands tätig gewesen sein sollen.

Der diesjährige Reichstagsdienstag wird, wie das „W. Z.“ berichtet, in den ersten Julitagen in Götting stattfinden. Man rechnet mit über 2000 Teilnehmern aus allen Gegenden des Reiches. An die Tagung wird sich eine mehrtägige Studienreise durch Nieder- und Oberhessen anschließen.

### Ordentliche Jahresversammlung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden

Mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der feierlichen Eröffnung der Erbfah- und Erweiterungsbauten in der Heilstätte Nordrach-Kolonie fand die für 1926 fällige ordentliche Jahresversammlung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden am Samstag, den 15. Januar in dieser Heilstätte statt. Den Verhandlungen wohnten Ministerialrat Dr. Zimhoff und Oberregierungsrat Dr. Freiherr v. Babo von Karlsruhe an, und zwar letzterer als Vertreter des Herrn Ministers des Inneren, ersterer für das badische Landesversicherungsamt.

Die Jahresversammlung wurde sachgemäß von dem Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt, Präsidenten Jung, eröffnet, der nach kurzer Begrüßung der erschienenen Vertreter alsbald zur Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters schritt. Entsprechend dem vereinbarten Turnus wurden durch Zufall der Arbeitnehmervertreter Verwaltungsdirektor Stoll, Heidelberg zum Vorsitzenden und der Arbeitgebervertreter Architekt Trier, Karlsruhe, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Zu Schriftführern wurden der Arbeitnehmervertreter Sekretär Köhler, Mannheim, bestellt. Bei der anschließenden Wahl der Ausschusskommission, welche sich aus dem Vorsitzenden, dem stellv. Vorsitzenden des Ausschusses und je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammensetzt, wurden von den Arbeitgebervertretern Fabrikant Wolff, Karlsruhe, als Mitglied und Architekt Reiter, Baden-Baden, als Stellvertreter, von den Arbeitnehmervertretern Gemeindefabrikant Schmarz, Mannheim, als Mitglied und Arbeitersekretär Saarer, Forzheim, als Stellvertreter erkoren. Weiter wurden Malermeister Oberle und Geschäftsführer Mehl, beide in Karlsruhe, als Vertreter der Landesversicherungsanstalt in den Gesundheitsrat entsandt.

Nunmehr wurde in die Beratung der eigentlichen Ausschussvorlagen eingetreten, und zwar zunächst in die über die Jahresrechnung 1925. Nachdem Präsident Jung hierzu noch einige mündliche Erläuterungen gegeben und den Entwurf des Prüfungsbescheides verlesen hatte, berichtete Trier über das Ergebnis der von der Ausschusskommission vorgenommenen Prüfung der Rechnung und Geschäftsführer Schulenburg über das Ergebnis des von ihm vorgenommenen unvermuteten Kassensurzes. Der Ausschuss genehmigte hierauf einstimmig die Überprüfungen des Voranschlags 1925, erklärte die Jahresrechnung 1925 für unbeanstandet und erteilte den Prüfungsbescheid nach Maßgabe des vorgelegten Entwurfs.

Sodann wurden einige kürzere Vorlagen des Vorstandes, welche den Erneuer- und Austausch von Grundstücken sowie den Abschluß des Dienstvertrags mit dem Direktor der Heilstätte Nordrach-Kolonie betrafen, vorweg behandelt und gemäß den Anträgen des geschäftsführenden Vorstandes erledigt.

Der nunmehr folgenden Beratung und Beschlussfassung über den Hauptpunkt der Tagesordnung, den Voranschlag für das Jahr 1927, nebst Anlagen und einem Nachtrag ging ein einleitender Vortrag des Präsidenten Jung voraus, in welchem dieser über die finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalt Baden und der Invalidenversicherung überhaupt, über die Auswirkung gesetzgeberischer Maßnahmen und über sonstige Vorgänge des letzten Jahres berichtete. Dank der Zunahme der Bautätigkeit und der auch sonst bemerkbaren Steigerung des Wirtschaftslebens in den letzten Monaten des Jahres 1926 seien die Beitragseinnahmen wesentlich gestiegen, und es sei dadurch die noch im Zeitpunkt der Aufstellung des neuen Voranschlags befürchtete Mindereinnahme gegenüber den Voranschlagsjahren für 1926 glücklicherweise vermieden worden. Sofern dieser Aufstieg der Wirtschaft auch im neuen Jahre anhalte, könne man der weiteren Entwicklung der Anstaltsfinanzen mit größerer Zuversicht entgegensehen, als dies in den Erläuterungen zum Voranschlag für 1927 zum Ausdruck gekommen sei. Allerdings mahnte die dauernde Zunahme der Rentenlasten zur außerordentlichen Vorsicht. Der von der Landesversicherungsanstalt Baden aufzubringende Postvorschuß sei mit Wirkung vom 1. Januar 1927 ab vom Reichsversicherungsamt erheblich erhöht worden und betrage nunmehr im Monat Januar: 1.639.200 RM., im Februar: 1.652.400 RM. und im März: 1.665.600 RM., das sind monatlich 78.400 bis 104.800 RM. mehr als bisher. Das Reichsversicherungsamt habe bei Festsetzung dieses Postvorschlusses auf die durch das neue Reichsgesetz zur Änderung der RVO. und des RVG. vom 25. Juni 1926 (Reichsgesetzblatt I S. 311) verfügte „bedingte“ Herabsetzung des Bezugsalters für Rententenden und Kinderzuschuß auf das vollendete 15. Lebensjahr, welches nach Absicht des Gesetzgebers eine Entlastung der Invalidenversicherungsträger bringen sollte, keinerlei Rücksicht genommen. Dieses Gesetz, welches aus der Mitte des Reichstags hervorgegangen sei, befriedige überhaupt niemand, weder die Versicherungsträger, für die es eine außerordentliche Zunahme der Verwaltungsarbeit im Gefolge gehabt hätte, noch die Versicherten, die sich durch das selbe finanziell benachteiligt fühlten. Das gleiche gelte von dem durch das Gesetz angeordneten Nutzen der Invalidenrentenbezüge neben den Renten aus der Unfallversicherung.

Präsident Jung ging dann auch auf die in der letzten Zeit gegen die Art der Begutachtung der Rentenbewerber und Rentenempfänger durch die Bezirksärzte und die Unberufstätigen erhobenen Zeitungsangriffe ein und wies dieselben als unberechtigt aber stark übertrieben zurück. Diese Ärzte seien verpflichtet, ihre Gutachten lediglich auf Grund des objektiven Befundes abzugeben und könnten auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der untersuchten Personen keine Rücksicht nehmen. Daß bei der Begutachtung und bei der Rentenverbeurteilung nicht unsozial verfahren würde, beweise die Tatsache, daß im Jahre 1926: 72,8 Prozent aller Rentenansprüche bewilligt und nur 13,7 Prozent abgelehnt

worben sein, während 13,5 Prozent anderweitige Erledigung gefunden hätten, und dies, obwohl sich die Rentenansprüche seit dem Vorjahr wieder um 2000 erhöht hätten. Wenn die Versicherer heute mehr wie je darnach streben, in den Besitz von Renten zu gelangen, so sei dies angesichts der äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie tätig zu sein haben, durchaus verständlich. Hierfür sei wohl auch zuzuführen, daß die Zahl der Berufungen und Revisionen gegen Rentenverfügungs- und -entziehungsbescheide sich gegen das Vorjahr mehr wie verdoppelt hätte.

In seinem weiteren Vortrag kam der Anstaltsvorsitzende auch auf die Vorverhandlungen für die vom Reichsarbeitsministerium zu erlassenden Richtlinien über Gesundheitsfürsorge zu sprechen und teilte mit, daß diese vor dem Abschluß stünden. Er gab sodann noch eine Übersicht über den Vermögensstand der Anstalt und wies auf die den Gläubigern wenig freundliche Handhabung der Aufwertungs- und Ablösungsgesetze seitens der Reichs- und Länderregierungen und Gemeindevorständen hin. Auf diese sei mit Zurückzuführen, daß im vergangenen Jahr Baudarlehen zur Erstattung von Arbeiterwohnhäusern nur in geringem Umfang hätten hingegeben werden können. Die Gesamtdarlehenssumme betrage nur 496 874 RM., welche aus zurückbezahlten neuen Darlehen und ebenförmigen Aufwertungen bestritten worden sei. In dieser Richtung werde voraussichtlich auch im Jahre 1927 keine Besserung eintreten.

Zum Anschluß hieran erläuterte der Referent für das Heilverfahren, Oberregierungsrat Kausch, die Kapitel VII bis IX des Voranschlags, welche die Ein- und Ausgaben für Heilverfahren und für die sonstigen freiwilligen Leistungen enthalten. Es seien hier in Ausgabe 2 841 000 RM. und in Einnahme 693 000 RM. vorgelesen, was gegenüber 1926 ein Mehr an Ausgaben von 171 000 RM. und an Einnahmen von 267 000 RM. bedeute. Diese Mehreinnahmen seien allerdings davon abhängig, daß im Jahre 1927 mindestens ebensoviele Nichtversicherter und fremde Versicherte in die Heilstätte aufgenommen werden können wie im Jahre 1926 und zwar zu dem bisherigen Verpflegungssatz von 3-6 RM. täglich. Mehr eingestellt hätten werden müssen für den Betrieb der Heilstätte Nordrach 67 000 RM., welche Mehrforderung durch die Eröffnung der Neubauten und den dadurch vergrößerten Betrieb notwendig geworden sei, ferner neben sonstigen kleineren Kosten für Gewährung von Bäderkuren usw. 50 000 Reichsmark, für Gebühlsbeiträge 52 000 RM. und für freiwillige Maßnahmen nach § 1274 RVO. 11 000 RM. Die Verpflegungssätze in den anstaltsigen Heilstätten seien auf Grund der Erfahrungen von 1926 etwas niedriger angelegt worden und betrügen z. B. in den Heilstätten Friedrichsheim-Luisenheim jezt 7,00 RM. für den Tag, gegen 7,30 RM. im Vorjahr. Bei Durchführung des Heilverfahrens sei mit einer Ausnahme eine ständige Zunahme der Anträge zu beobachten, die zum Teil ihren Grund in den Nachwirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit habe. Während 1912 insgesamt nur 10 569 Anträge auf Heilverfahren eingekommen seien, wären es 1926 deren 20 113 gewesen, wovon 78 Proz. bewilligt worden seien. Auffallend wäre die Abnahme der Anträge auf Durchführung von Heilverfahren für Lungenkranke, die von 3200 im Jahre 1921 auf 2756 im Jahre 1926 zurückgegangen seien. Aber die Ursache dieser Erscheinung seien sich die Gelehrten nicht einig; während ein Teil der Lungenfachärzte einen solchen Rückgang annehme und diesen auf die verbesserte Fürsorge sowie das frühzeitige Erkennen und Erfassen der Lungenkranken zurückführten, würden andere Sachverständige die Auffassung vertreten, daß eine Abnahme der Lungenkrankheiten nicht stattgefunden habe, sondern lediglich ein gewisser Stillstand eingetreten sei und daß man deshalb jederzeit wieder mit einer Vermehrung der Kranken rechnen müsse. Im Gegensatz zu der rückläufigen Entwicklung der Lungenheilverfahren hätten die Gesuche um Durchführung von Heilverfahren wegen anderer Krankheiten außerordentlich zugenommen und hätten im Jahre 1926 die Ziffer 4116 erreicht gegen 2118 im Jahre 1913. Noch auffallender sei das ungeheure Anwachsen der Anträge auf Beihilfen zu künstlichen Gefäßen, deren 1913 4800 und 1926 11 263 eingekommen seien.

Infolge des Reichsgesetzes vom 25. Juni 1926, welches die Fortzahlung der Kinderzuschüsse und von körperlicher Gebrechen ihren Unterhalt nicht verdienen können, für die Dauer dieses Zustandes angeordnet habe, sei eine Erstreckung des Heilverfahrens auf derartige Kinder notwendig geworden. In der Handhabung des Lungenheilverfahrens selbst seien Veränderungen im Jahre 1926 nicht zu verzeichnen. Künstliche Pneumothorax wäre in 60 Fällen neu angelegt und in 6 Fällen seien operative Eingriffe nach dem Verfahren Brauer-Sauerbruch vorgenommen worden. In der Folge würden diese Operationen, die man bisher in Kliniken oder Krankenhäusern habe ausführen lassen, in der Heilstätte Nordrach-Kolonie vollzogen.

Für die Durchführung des Bäderheilverfahrens würden fast sämtliche badischen Bäder und an außerbadischen Bädern Nauheim, Mergentheim, Wildungen und König im Odenwald benutzt. Der Andrang von Kranken nach unserer Heilstätte Strichhalde für chirurgische Tuberkulose habe auch 1926 angehalten, so daß ein Ersatzbau für diese Heilstätte in absehbarer Zeit erstellt werden müsse. Die Wartezeit für unsere Kranken im Landesbad Baden-Baden habe in der Hochsaison bis zu 13 Wochen betragen. Ob und inwieweit eine Beschränkung in der Bewilligung von Gebühlsbeiträgen, für die 250 000 Reichsmark vorgesehen seien, im neuen Voranschlagsjahr notwendig sein wird, müsse späterer Prüfung vorbehalten bleiben. Ab 1. Januar 1927 würden solche Lungenkranke, die bei Entlassung aus der Heilstätte bereits von der Krankenkasse ausbezahlt seien, ein Schommungsgeld in Höhe des zuständigen Krankengeldes erhalten. Von dem für allgemeine Maßnahmen eingestellten Mehrbetrag von 11 000 RM. entfielen 10 000 RM. auf das Kinderheilverfahren und 1000 RM. auf den erstmaligen Beitrag an den bad. Krüppelfürsorgeverein.

Von unseren früheren wegen der Inflationsauswirkungen geschlossenen öffentlichen Beratungsstellen für Geschlechtskranke, 5, nämlich die in Singen, Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim von uns im vergangenen Jahr wieder in Betrieb genommen worden; eine neue öffentliche Beratungsstelle sei in Pforzheim errichtet; wegen Eröffnung einer solchen Stelle in Wilkingen schwebten noch Verhandlungen. Inwieweit der Voranschlag für 1927 durch die Erhöhung der Mindestgebührensätze der preußischen Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte, die infolge einer Abmachung zwischen den bad. Krankenkassenverbänden und der ärztlichen Landeszentrale auch für Baden in weitem Umfang Geltung haben, überschritten werden wird, stehe noch dahin. Die Zusammenarbeit mit dem bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, den Krankenkassenfürsorgeverbänden, dem Hauptversorgungsamt und anderen Stellen sei auch im vergangenen Jahre eine vorzügliche gewesen und es hätten sich hierbei keinerlei Schwierigkeiten ergeben.

In der nunmehr einsetzenden Generaldebatte sprachen für die eine Gruppe der Arbeitnehmervertreter die Ausschussmitglieder Gewerkschaftssekretär Schwarz, Mannheim, und Arbeitersekretär Hoarer, Pforzheim, für die andere Gruppe Verwaltungsdirektor Siegelmaier, Konstanz, und für die Arbeitgebervertreter Fabrikant Gasse, Mannheim. Die Tätigkeit des geschäftsführenden Vorstands, namentlich auf dem Gebiete des Heilverfahrens und der sonstigen freiwilligen Leistungen wurde von allen Rednern anerkannt und dem Wünsche Ausdruck verliehen, daß das Heilverfahren nicht

nur nicht beschränkt, sondern soweit Mittel hierfür zur Verfügung stehen, noch ausgebaut werden möge.

Dagegen wurde lebhaft geltend gemacht, daß manche Bezirksärzte die von ihnen sowohl in Heilverfahrens- als in Rentensachen geforderten Gutachten erst nach Wochen, manchmal sogar erst nach Monaten erstatteten und dadurch nicht nur die Interessen der betreffenden Versicherten sondern auch der Anstalt selbst schädigten. Beschwerde wurde auch wieder über die langsame und ungenügende Vorbereitung der Rentenansprüche durch die staatlichen Versicherungsämter und die Bürgermeistereierämter geführt und dringend Abhilfe gefordert. Verlangt wurde weiter von den Vertretern der Arbeitnehmer, daß bei der Gewährung der Kinderzuschüsse und der Waisenrenten über das 15. Lebensjahr hinaus möglichst liberal verfahren und hinsichtlich der Führung des Nachweises der unehelichen Vaterschaft bei Waisenrentenanträgen für uneheliche Kinder ein milder Maßstab angelegt werde.

Kritik wurde auch an der Unterbringung der Kranken in Bad Rappenauberg geübt. Die von einer Seite vorgebrachte Anregung, die Verpflegungssätze in unseren Heilstätten für fremde Versicherte und Verpflegungsranke zu erhöhen, stieß auf lebhaften Widerspruch in der Versammlung. Ebenso fand der von einem Arbeitnehmervertreter vorgelegte Wunsch, daß die Landesversicherungsanstalt den früher bei ihr und nunmehr bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte versicherten Personen (sog. Wanderversicherter) einen Zuschuß zur Beschaffung künstlicher Gebisse gewähren solle, da die Gebühlsbeiträge der Reichsversicherungsanstalt niedriger seien als die unserer Anstalt, nicht die Zustimmung der Versammlung. Abgelehnt wurde auch der Antrag der einen Gruppe der Arbeitnehmervertreter, den Beitrag an sonstige Verbände, welche in der Kranken- und Wohlfahrtspflege tätig sind, von 3000 auf 5000 RM. zu erhöhen. Das gleiche Schicksal hatte eine von demselben Antragsteller vorgelegene Resolution, welche sich gegen eine Minderverfügung des Reichsversicherungsamtes über das Verfahren bei den Rentenbewilligungen und deren Mitteilung an die Bezirksärzte richtete.

Singulärlich der von dem Präsidenten der Landesversicherungsanstalt beanstandeten Zeitungsartikel wurde von einem den betreffenden Zeitungen politisch nahestehenden Ausschussmitglied zugegeben, daß die darin erhobenen Vorwürfe weit über das Ziel hinausgeschossen und der angesprochene Ton nicht gebilligt werden könne. Die Verfasser dieser Artikel seien offenbar noch nie in der Verwaltung eines Versicherungsamtes tätig gewesen, ansonst lie sie zu einer wesentlich anderen Beurteilung des gerügten Verfahrens gekommen wären. Inwiefern man aus den Artikeln entnehmen, daß unter den Versicherten wegen der Handhabung der Rentenprüfung und Rentenüberwachung eine sehr gereizte Stimmung herrsche, auf die künftig auch seitens der Landesversicherungsanstalt Rücksicht genommen werden sollte.

Der als Auskunftsperson anwesende Direktor der Lungenheilanstalt Friedrichsheim-Luisenheim, Med.-Rat Dr. Curschmann, erblühte in dem Rückgang der Lungenheilverfahrensanträge einen Beweis für die Abnahme der Lungentuberkulose im Lande Baden. Ob dieser Rückgang jedoch von Dauer sei, ersehe ihm mehr wie fraglich. Der geringere Andrang zu den Heilstätten habe erfreulicherweise es ermöglicht, nunmehr längere Kuren durchzuführen. Der Erfolg dieser langfristigen Kuren zeige sich schon jezt dadurch, daß bei ihnen in 20 Proz. der behandelten Fälle Rückgang von der offenen zur geschlossenen Tuberkulose eingetreten sei, während bei den Dreimonatskuren dieser Erfolg nur bei 12½ Proz. der behandelten Kranken festgestellt werden konnte.

Auf eine entsprechende Anfrage eines Ausschussmitgliedes machte noch das ehrenamtliche Vorstandsmitglied, Geschäftsführer Schulenburg, nähere Mitteilungen über das bei der Landesversicherungsanstalt übliche Verfahren bei Vergebung von Bauarbeiten und sonstigen Lieferungen. In einem Schlußwort gingen die Vorstandsbeamten Präsident Jung und Oberreg.-Rat Kausch auf die vorgebrachten Beschwerden und Wünsche ein, soweit dies ohne Alken möglich war, und sagten deren umfängliche Berücksichtigung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und unter Wahrung der Gesamtinteressen der Landesversicherungsanstalt zu. Hieran wurde der Voranschlag für 1927 nebst den Nachtragsanforderungen einstimmig genehmigt. Damit war, da von keiner Seite mehr Wünsche oder Anträge vorgebracht wurden, die Tagesordnung erschöpft, worauf der Vorsitzende, Verwaltungsdirektor Stodt, die Sitzung, welche 9 Stunden gedauert hatte, mit einer Ansprache schloß. In dieser wies Verwaltungsdirektor Stodt darauf hin, daß die Amtsperiode der jetzigen Aufsichtsratsmitglieder nur noch bis zur Vornahme der wohl noch in der ersten Hälfte des Jahres 1927 stattfindenden Neuwahlen dauere und

## Badisches Landestheater

### Turandot

In der gestrigen Turandot-Aufführung trat der Wiener Sänger Marion für den erkrankten hiesigen Nachgesessenen als Kalaf auf. Man hörte eine angenehme timbrirte Stimme mit etwas gaunigen und hauchigem Beifang, der nur bei einigen hohen Tönen völlig schwand. In der Mittellage scheint die Tonbildung noch flach, es darf überhaupt dem Organ noch nicht viel abverlangt werden. Als Darsteller muß der junge Tenor vor Selbstgefälligkeit und Affektation auf der Hut sein. Vielfach hat auch Nervosität des Anfangsgeräus seine Leistung zunächst beeinträchtigt; im zweiten und dritten Akt kam jedenfalls erst eine befriedigendere Auswirkung zustande und schuf die Vorbereitungen für einen ansehnlichen äußeren Erfolg, dem auch der wogende Beobachter schließlich zustimmen konnte. Unter der mühseligen Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krips nahm die Wiederholung von Puccini's nachgelassenem Werk im übrigen einen sehr eindrucksvollen Verlauf und wurde lebhaft bedankt.

## Karlsruher Konzerte

Das vierte Volks-Sinfonieorchester brachte in der zylfischen Aufführung sämtlicher bedeutenden Instrumentalwerke Beethovens die sechste und siebente Sinfonie zu einer im ganzen sehr befriedigenden Wiedergabe. Vor allem die Pastorale gefiel durch schöne harmonische Färbung des Orchesterklanges, der in den gut sich abfindenden Streicher- und Holzbläsergruppen alle delikate abgetändelten Farben des ländlichen Idylls nicht schuldig blieb. Dieses procul negotiis entstandene, den Frieden der Natur atmende Werk wurde daher von den zahlreich Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Auch der Interpretation der Siebenten folgte starker Applaus, obwohl ihre Ausdeutung durch Dr. Weiss nicht gerade kongenial zu nennen war. Aber als liebevolle und sorgfältig vorbereitete Dirigentenleistung konnte sie ebenfalls beifallen, zumal das Landestheaterorchester sich seinerseits redlich bemühte, alle Schönheiten der Partitur ins rechte Licht zu rücken.

Nachmals hörte man im Verlauf der Woche ein Beethovenwerk, und zwar erkante das gar selten gespielte C-dur-Sinfoniequintett op. 29, das für die Entwicklungsschritte des jungen Beethoven — es entstand 1801 — so bedeutsam ist. Das um ein Mitglied des Leipziger Orchesters (L. Brajche) vermehrte Gewandhaus-Quartett hatte es an den Anfang

des deshalb der Ausschuss in seiner bisherigen Zusammenfassung wohl zum letzten Male getagt habe.

Der Arbeitgebervertreter, Fabrikant Gasse, Mannheim, sprach dem Vorsitzenden für seine unparteiische Geschäftsführung den Dank der Versammlung aus, ebenso den beamteten Vorstandsmitgliedern und den sonstigen Beamten der Landesversicherungsanstalt für die gute Vorbereitung der Vorlagen, welche die Tätigkeit des Ausschusses wesentlich erleichtert habe.

An die Abschiedsworte des Vorsitzenden anknüpfend wies Präsident Jung rühmend auf den Halt und die hervorragende Unterstützung hin, welche der geschäftsführende Vorstand jederzeit bei den ehrenamtlichen Mitgliedern des Ausschusses und des Gesamtvorstandes gefunden habe und gab dem Wünsche Ausdruck, daß möglichst viele der bisherigen Mitglieder der beiden Organe wiedergewählt werden möchten.

## Politische Neuigkeiten

### Die Restpunkte der Entwaffnung

Die in Berlin geführten Verhandlungen zur Regelung der Frage der Ausfuhr von Erzeugnissen der Rüstungsindustrie, die bekanntlich von den Genfer Verhandlungen im vergangenen Dezember neben der Frage der Oststellungen noch offen geblieben war, sind am Freitag zum Abschluß gelangt und sollen heute unterzeichnet werden. Die Grundlage für die Verhandlungen bildete ein Gesetzentwurf, der genaue Bestimmungen darüber enthält, was in Zukunft ausgeführt werden darf und was auszuführen verboten sein soll. Dieser Gesetzentwurf, der alsbald dem Reichstag zur Verabreichung vorgelegt werden dürfte, ist so gestaltet, daß sich sowohl die deutschen Unterhändler wie die Militärkontrollkommission damit einverstanden erklärt haben. Die „Post“ gibt in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck, daß die politischen Verhandlungen über die beiden Restfragen auf die Pariser Verhandlungen über die Oststellungen nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Die „Tögl. Rundsch.“ schreibt: In diplomatischen Kreisen Berlins hat die Demarche des polnischen Botschafters in Paris betreffend die Verhandlungen über die Restpunkte lebhaftes Erstaunen hervorgerufen, um so mehr als nun bekannt geworden ist, daß der polnische Botschafter nichts mehr und nichts weniger als die Entlassung der deutschen Ostbesetzungen gefordert hat. Man sieht in dieser Demarche nicht nur den Versuch, die Verhandlungen der deutschen Unterhändler mit der Botschafterkonferenz zu stören, sondern auch den Beweis dafür, daß Polen ein Interesse daran hat, deutsche Defensivmaßnahmen an der deutschen Ostgrenze mit allen Mitteln zu verhindern. Im Zusammenhang damit erinnert man sich, daß vor nicht allzulanger Zeit Pilsudskis Blatt „Kobla Bronia“ die Forderung erhoben hat, Stettin müsse zu Polen geschlagen werden. Man weist ferner auf die Expansionsbestrebungen des Westmarkenvereins hin, zu dessen Ehrenmitgliedern die höchsten offiziellen Spitzen des polnischen Staates gehören, sowie auf die verschiedentlichen Äußerungen, die die polnische Presse auf Ostpreußen offen zum Ausdruck gebracht. Wenn daher Polen in die nur Deutschland und die Alliierten betreffenden Verhandlungen über die der Defensivbedürfnisse deutschen Besetzungen im Osten eingreift, so läßt sich dieser Schritt nicht anders verstehen, als daß Polen nach wie vor Möglichkeiten einer Offensive gegen deutsches Gebiet im Auge hat.

Der deutsche Außenhandel zeigt im Dezember im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 227 Mill. RM. gegen 123 Mill. RM. im Vormonat. Das Jahr 1926 schließt somit mit einem leichten Passivität im reinen Warenverkehr, 192 Mill. RM. ab; der Einfuhrüberschuß insgesamt beträgt 711 Mill. RM.

Französische Drohungen gegen den Oberbürgermeister von Kaiserslautern. Die französische Besatzungsbehörde in Kaiserslautern hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet würde, wenn ein durch einen Requisitionsbefehl beschlagnahmtes Doppelhaus der Gasse (Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten) nicht bis zum 25. Januar geräumt sei. Das Haus gehört zu 5 Doppelhäusern die 1926 mit Zuschüssen des Staates und mit Hilfe der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von der Gasse aus den Aufwendungen der Heimstättenbesitzer und den Beiträgen der übrigen Mitglieder erbaut wurden.

des vierten Kammermusikabends der Konzertdirektion Kurt Neufeldt gestellt. In der gleichen Besetzung folgten Brudners einziges Streichquintett und ein Mozart-Opus (K. V. 515). Soweit ich diesem interessanten Programm noch anwohnen konnte, schienen die Spieler die unterbewußte Gefühlserbebung im Brudnerwerk voll auszusprechen, auch der Zartheit — fast möchte man sagen Keuschheit — Mozarts wurden sie, wie mir ergänzend bestätigt wird, durchaus gerecht. Leider hatte jedoch das Konzert der hervorragenden bekannten Vereinigung obgleich es einen Anknüpfungspunkt musikalischen Erlebens bedeutete, keine allzugroße Beachtung gefunden.

Ein „Nieder zur Lanze“-Abend, den Ruth Forta veranstaltete, litt unter musikalischer Überfüllung des Orchesters durch gar zu viel eigene Vertonungen. Gewiß, die bekannte Künstlerin hat auch Talent für Komposition, sie erweckt mit ihren Liedern mitunter eine fröhliche Neugierde, aber sie gelangt andererseits doch nicht zu solchen Steigerungen, daß sie einer unaussprechlichen Ermüdung vorbeugen könnte. Sie mühte zudem die stereotype Behandlung der Begleitung vermeiden, die oftmals einer abwechslungsreicheren Textunterstützung abträglich ist. Und diese Zurückhaltung scheint teilweise dort auch unzeitig, wo sie auf echten, tiefen Gefühlsreichtum in ihren Melodien zurückgreift. Eine formgewandtere Scharweise dürfte daher in erster Linie manches stärker motivieren und als einen Appell an jene Natürlichkeit der Empfindung wirken lassen, die dem Kunstlied fremd geworden ist. Dem mäßig sinkenden Gesamteindruck des Abends gegenüber ist aber doch zu bemerken, daß Ruth Forta weitgehend als akkreditierte Vortragskünstlerin festsetzt und sich durch ihr sympathische Persönlichkeit lebhaften Erfolg sicherte.

Wieder kamen die Kuban-Kavaleren, ihre respectable Gesangskunst vermochte diesmal allerdings den Entschlußfall nur zur Hälfte zu füllen. Die ungenügend vorwärtsdrängende Zeit scheint sich anderen Attraktionen lieber zuzuwenden. Ob mit Recht, bleibe dahingestellt; denn man kann von diesem disziplinierten Männerchor immer noch einiges lernen, und der bewußt nationale, d. h. russische Einschlag ist es nicht zuletzt, der stets aufs Neue aufhorchen macht. Mit Kultivierung des Fremdländischen; hat dies überdies wenig zu tun, die Unmittelbarkeit des Eindrucks ist entscheidender. Dafür sorgen diese unwichtigen Sänger jedenfalls in reichem Ausmaß als so mancher deutscher Gesangverein, der sie an musikalischer Qualität und technischer Ausbildung übertrifft. Unter ihrem temperamentvollen Dirigenten Semjon Janatoff brachten sie drei unterschiedliche Gruppen von Liedern. Ich konnte nur den ersten, religiösen Teil hören, der polnische Pracht wie auf einer Orgel registriert erklang. S. Sch.

## Die Regierungsbildung im Reich

Eine Kundgebung des Zentrums

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat Freitag abend einen von ihrem Vorstand ausgearbeiteten Kundgebungsausschuss ernannt, auf der Grundlage dieser Kundgebung in Verhandlungen über die vom Reichspräsidenten gewünschte Regierung einzutreten. Die sehr umfangreiche Kundgebung bringt in der Hauptsache Grundzüge der Zentrumspolitik zum Ausdruck. Es heißt darin:

Mit wachsendem Vordringen sind weite Kreise des deutschen Volkes der politischen und parlamentarischen Entwicklung der letzten Wochen gefolgt. Die öffentliche Meinung vermag in dem Jank und Streit der Parteien keinen Sinn mehr zu erkennen. Sie will in dem politischen Wirrwarr unserer Tage klaren Weg und zuverlässige Führung sehen. Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden. Im Weimarer Verfassungswerke ist jener deutsche politische Wille durchgebrochen, der nach außen hin die nationale Geltung auf dem Wege der Verständigung mit den anderen Nationen und nach innen die Erziehung eines vertieften Volksbewußtseins durch eine umfassende soziale Erneuerung unseres nationalen Lebens erstrebte. Es gibt für uns keine staatliche Wirklichkeit als den der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Sie hat dem deutschen Volk seine Einheit in verzweifelten Tagen gerettet. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg. Die deutsche Zentrumspartei hat diese Verfassung mitgeschaffen. Als Machtinstrument unseres Staates ist nur die Reichswehr verbleiben. Sie ist eine Staatsnotwendigkeit. Sie ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Es gibt keine politische Hoheit des Staates ohne Macht. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei, noch einer Klasse, noch irgend welchen sonstigen Machtsgruppen dienen. Sie gehört dem in der deutschen Republik geeinten Volke. Die Rekrutierungsverträge muß in der Form geübt werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes den Zugang zu diesem Wehrdienst ermöglicht.

Die deutsche Zukunft erfordert, daß West und Ost, Süd und Nord, Stadt und Land, Unternehmer und Arbeiter sich im gemeinsamen Werk wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung besser verstehen und in gegenseitiger würdiger Form des Austausches von Interessengegenständen finden. Es stehen große Gesetzesvorlagen vor uns, die das Gesamtwerk der deutschen Sozialpolitik fortführen und vollenden sollen. Unsere staatssoziale Politik muß sich zur sozialen Staatspolitik ausweiten.

Auch die Außenpolitik und die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt müssen in einem neuen Geist der Vertragstreue, des Verständigungswillens und der loyalen Mitarbeit an den Einrichtungen der Völkerfriedensarbeit sich vollziehen. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, und nun haben wir unsere Politik so einzurichten, daß sie der Gemeinschaft der Nationen angemessen ist. Kein gestiftetes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, daß sein Gebiet von fremder Macht besetzt bleibt. Jede deutsche Politik wird deshalb in zäher Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik auf eine Politik endgültiger Räumung des Rheinlandes hinarbeiten müssen. Die neue Aufgabe einer weiteren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wir uns besonders angelegen sein lassen, kann nur gelingen, wenn beide Teile beiderseitig, im Geiste europäischer Solidarität arbeiten und von bloßen Machtsgedanken zurücktreten.

In diesem geistigen Rahmen sieht die Zentrumspartei die zeitnotwendige nationale und soziale Politik. Sie ist von dem Wunsche befeuert, möglichst rasch die Kräfte für eine Regierung zu sammeln, welche die bestmögliche Bürgerschaft zu einer Festigung des inneren Zusammenhaltes unseres Volkes in staatspolitischem und gesellschaftlichem Sinne in sich schließt.

Außerdem veröffentlicht im Anschluß daran das Zentrum ein wirtschaftspolitisches Programm, worin einseitige Förderung eines Standes oder einer Erwerbsgruppe grundsätzlich abgelehnt und der Ausgleich der sich kreuzenden Interessen mit dem Ziele der Förderung des gesamten Volkes als der einzig richtige Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg bezeichnet wird. Es wird eine mittelstandsfreundliche Politik befürwortet und die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatsbürgerliche Notwendigkeit bezeichnet. Eine Entlastung der wirtschaftlich Schwachen in allen Ständen wird verlangt, ebenso die schrittweise Befreiung der Wohnungswirtschaft, indem gleichzeitig der Wohnungsbau gesteigert, jeglicher Mietwucher bekämpft und die unvermeidliche Heraufhebung der Miete durch entsprechende Löhne und Gehälter ausgeglichen wird. Den Landarbeitern, den Pächtern und den nachgehorenen Söhnen der Bauern soll geholfen, der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber durch Ausbau des Arbeitsrechts gleichgestellt werden. Bei der Sozialversicherung handle es sich nicht um soziale Klassen, sondern um soziale Pflichten. Die Sozialversicherung müsse ausgebaut werden.

Dr. Marx nimmt den Auftrag zur Regierungsbildung an  
Weimar, 22. Jan. (Tel.) (Amlich). Reichsanwalt Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Reichspräsidenten, berichtete über die gestrigen Beschlüsse der Zentrumsfraktion und erklärte, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.

Fraktionsführung der Deutschnationalen  
Weimar, 22. Jan. (Tel.). Die Deutschnationale Reichstagsfraktion trat heute vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der sie sich mit dem gestrigen Beschluß des Zentrums beschäftigt. — Außerdem ist bisher für heute auch eine Sitzung der demokratischen Fraktion vorgesehen, die heute nachmittag nach dem Plenum zusammentritt.

Freizügigkeit der Rechtsanwälte. Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach in jedem deutschen Lande zur Rechtsanwaltschaft zugelassen werden muß, der die Fähigkeit zum Richteramt in einem deutschen Lande erlangt hat. Wie es in der Begründung heißt, soll dadurch die Freizügigkeit der deutschen Rechtsanwälte eingeführt werden, da sich der jetzige Zustand mit dem Gedanken der deutschen Reichseinheit und deutschen Rechtseinheit nicht vertrage.

23 Rundfunksender in Deutschland. Nach der Inbetriebnahme des Rheinlandsenders verfügt Deutschland insgesamt über 23 Sender und spaziert damit an der Spitze der europäischen Staaten.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Ganz Baden hatte gestern Schneefälle, die auch in der Ebene eine zusammenhängende Schneedecke von etwa 3 Zentimeter heute morgen erzeugten. Die ergiebigen Schneefälle bewirkten im Gebirge bis zu 20 Zentimeter Neuschnee bei mäßigem Frost. Die von Randwellen der Isalndephone mitgeführten Warmluftmassen werden bei uns keine wesentliche Änderung der Temperaturverhältnisse hervorzurufen. Der Fortbestand der winterlichen Witterung erscheint daher für morgen noch gesichert. — Voraussichtliche Witterung für Sonntag: Vorübergehend Aufhellungen, vereinzelt Schneefälle, fortwährend leichter Frost in der Ebene und mäßiger Frost im Gebirge.

## Deutscher Reichstag

Weimar, 21. Jan.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur

### Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Nach der Ausschussfassung der Vorlage ist jeder Geschlechtskranke verpflichtet, sich von approbierten Ärzten untersuchen und erforderlichenfalls solange behandeln zu lassen, wie nach dem ärztlichen Urteil eine Ansteckungsgefahr besteht. Für Minderbemittelte ist seitens der Länder unentgeltliche Behandlung sicherzustellen. Die Durchführung des Gesetzes soll besonderen Gesundheitsbehörden übertragen werden. Die Behandlung von Geschlechtskrankheiten soll nur approbierten Ärzten gestattet sein. Wer Heilmittel für Geschlechtskrankheiten anpreist oder anbietet, wird nach § 11 mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft. Die Prostituierten-Kasernierung wird verboten. Wenn ein Geschlechtskranke in Kenntnis seines Leidens Geschlechtsverkehr ausübt, so wird er mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

Abg. Mises (Soz.) betont, eine der stärksten Wurzeln des Übels sei das Wohnungsverhältnis. Große Familien seien in wenigen Räumen zusammengepackt. Eine aufklärende Sexualerziehung der Jugend werde Beförderung schaffen. Daher beantrage die sozialdemokratische Fraktion eine Ergänzung des § 11 dahin, daß aufklärende Vorträge, Schriften und Darstellungen nicht unter die Strafbestimmungen fallen. Eine wirksame Hilfe könne nur die unentgeltliche Behandlung aller Geschlechtskrankheiten bringen. Der Redner begrüßt trotz mancher Bedenken die Vorlage als einen Fortschritt.

Abg. Dr. Spuler (Dnl.) bezeichnet den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form als ein annehmbares Kompromiß. Beim § 7, der das Behandlungsmonopol der approbierten Ärzte festlegt, wünscht der Redner die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die das Monopol für alle Geschlechtskrankheiten und Krankheiten und Leiden der Geschlechtsorgane festlegt. Gegen die vom Ausschuss beschlossene Beschränkung wendet der Redner ein, daß in den Anfangsstadien häufig eher festzustellen sei, ob ein Leiden ansteckend ist oder nicht. Die Aufhebung der Kasernierung und Reglementierung sei ein Sprung ins Dunkle, dessen Wirkungen noch nicht abzusehen seien.

Abg. Mises (Dnl.) begrüßt den Entwurf. Die Behandlung der Geschlechtskrankheiten dürfe nur den approbierten Ärzten überlassen bleiben. Der sozialdemokratische Antrag, der das ärztliche Behandlungsmonopol aufheben wolle, könne schwere Gefahren heraufbeschwören. Das Gesetz bedeute allerdings einen Eingriff in die persönliche Freiheit und könnte einem gewissen Denunzianten- und Verdächtigen-Vorwurf leisten. Darum sei von den Regierungsparteien eine Ergänzung des § 4 beantragt, wonach die Gesundheitsbehörde nur dann je mande zur ärztlichen Untersuchung zwingen kann, wenn die Anzeige gründlich geprüft ist. Anonyme Anzeigen dürften überhaupt nicht berücksichtigt werden.

Abg. Frau Krenndörfer (Komm.) hält das Gesetz für unzureichend. Sie begründet eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen, die auch nicht approbierte Heilfunde zur Behandlung zulassen wollen.

Abg. Behob (Wirtschftl. Bgg.) erklärt, die Ausführungsbestimmungen müßten so gehalten sein, daß gefährliche Denunziationen ausgeschlossen werden. Bedenklich sei die völlige Ausschaltung aller Heilfunde. Salvarian oder Quecksilber dürfe nur mit Zustimmung des Erkrankten angewandt werden.

Abg. Dr. Böhmer (Wager. Bp.) hebt die große Bedeutung des Gesetzes für die Gesundheitsfürsorge hervor. Die Fürsorge für die gefährdeten Minderjährigen sollte noch verstärkt werden.

Abg. v. Ramin (Wölsch) äußert gegen die Vorlage starke Bedenken. Seine Freunde würden das Gesetz ablehnen, wenn es nicht wesentlich geändert werde.

Nach 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Samstag 12 Uhr vertagt.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Die Erwerbslosigkeit auf dem Lande

Die Fraktion der „Bürgerlichen Vereinigung“ hat folgende förmliche Anfrage an die Badische Regierung gerichtet: „Die große Zahl der Erwerbslosen macht sich auch auf dem Lande immer mehr bemerkbar und zeigt sich in der großen Pflanz der ländlichen Auswanderer. In die Regierung in der Lage, Mittel bereitzustellen, um Anziedelungen bzw. Siedelungsgelände zu schaffen und der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen? Ist sie ferner bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß auch in Baden eine Anziedelung nach dem Osten ermöglicht wird? Ist sie ferner bereit, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß bei der Verteilung der für Siedlungszwecke bewilligten Mittel des Reichs auch Baden berücksichtigt wird.“

#### Das Hauptzollamt Lahr

Vor einiger Zeit ist auch durch Pressemeldungen bekannt geworden, daß von der Reichszollverwaltung die Verlegung des Hauptzollamts in Lahr nach Rehl beabsichtigt sei. Die Handelskammer Lahr vertritt zu dieser Frage — wie dazu mitgeteilt wird — den Standpunkt, daß die Bedeutung des Grenzübergangs in Rehl für den West-Ostverkehr und insbesondere die weitere Aufwärtsentwicklung, welche der Rehrer Grenzübergang vor sich hat, wenn erst einmal mit Frankreich Handels- und Wirtschaftsverträge (auch kleiner Grenzverkehr) zum Abschluß gekommen sind, ferner der Sofenverkehr in Rehl die Errichtung eines neuen, nur mit Zollbeamten (kein Verbrauchssteuerdienst), ausgestatteten Hauptzollamtes erforderlich mache unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des bisherigen Hauptzollamtes Lahr. Diese Forderung wird von der Kammer unter Hinweis auf anderweitige Regelungen erhoben, wie in Basel, Mannheim und an zahlreichen Plätzen Norddeutschlands. Die Kammer hat diesen Standpunkt zuständigerseits in Karlsruhe und Berlin zum Vortrag gebracht.

#### Schiedspruch in der badischen Textilindustrie

Dr. Ettingen, 22. Jan. Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern der badischen Textilindustrie vor dem Schlichtungsausschuss konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Nach langwierigen Verhandlungen fällt der Schlichter von Baden einen Schiedspruch, der ab 1. Januar 1927 eine Erhöhung der Textilarbeiterlöhne um 8 Proz. für die Tagelöhne und 6 Proz. für die Akkordlöhne vorschlägt. Die Bindungsdauer ist erstmals auf den 1. Oktober 1927, festgesetzt worden. Sollte eine 10prozentige Erhöhung der Löhne erfolgen, so kann der Lohnvertrag schon am 1. August gekündigt werden. Die Erklärung der Parteien über die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches ist bis zum 29. d. M., vormittags 10 Uhr abzugeben.

## Die Lohnbewegung in der chemischen Industrie

Dr. Mannheim, 22. Jan. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, haben heute die Gewerkschaften der chemischen Industrie ihre Forderungen eingereicht. Diese lauten auf Erhöhung der Tarifspitzenlöhne um 15 Proz. ab 1. Februar 1927. Der Termin für die Verhandlungen ist bis jetzt noch nicht bestimmt. — In Frankfurt a. M. haben für den dortigen Bezirk gestern die ersten Verhandlungen stattgefunden, die nach eingehenden Ausführungen zur Anerkennung des im Tarifvertrag vorgesehenen Bezirkstarifamtes führten. Nach mehrstündiger Beratung hat dieses Bezirkstarifamt sich zur Fortsetzung der Beratungen auf Freitag, den 28. Januar, vertagt.

## Die Industrie in Baden

Das vom Badischen Statistischen Landesamt vor kurzem herausgegebene bedeutsame Werk über die Industrie in Baden hat weit über die Fachkreise hinaus starke Beachtung gefunden. In den ersten 14 Tagen nach Erscheinen wurden — eine Rekordziffer für ein amtliches Werk — 1100 Exemplare abgesetzt. Auch der Minister des Kultus und Unterrichts hat jetzt, wie das Amtsblatt mitteilt, die Anschaffung des Werkes, das vom Statistischen Landesamt in Karlsruhe bezogen werden kann, den höheren Lehranstalten, technischen Lehranstalten, Fachschulen, sowie Volks- und Fortbildungsschulen empfohlen.

## Tagungen

Vom 9. bis 11. Juli findet in Triberg die Landesversammlung des Badischen Philologenvereins (Sitz Karlsruhe) statt. Der Verein steht unter der Leitung von Professor Schnizer in Mannheim und zählt 1200 Mitglieder.

## Aus der Landeshauptstadt

Tagung der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Wie wir berechnen, wird am Samstag, 20. und Sonntag, 21. Januar, in Karlsruhe eine Tagung des Hauptauschusses der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft stattfinden. Der Hauptauschuss wird am Samstag eine Sitzung in der Technischen Hochschule abhalten. Im Anschluß daran findet am Sonntag, 21. Januar, im Kleinen Festhauseal eine öffentliche Veranstaltung statt, in welcher mehrere hervorragende Gelehrte aus verschiedenen Teilen des Reiches sprechen werden.

Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika. Wie die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, ist ihre eine teilweise erläuterte Erklärung des amerikanischen Gesetzentwurfes zur Freigabe des deutschen Eigentums und die Regelung der deutschen und amerikanischen Schadenerschaftsprüfung zugegangen. In der Erklärung sind diejenigen Bestimmungen behandelt, die die Interessen deutscher Eigentümer sowie die deutschen Schadenerschaftsprüfung an die Vereinigten Staaten von Amerika betreffen. Interessenten können die Überfertigung jederzeit bei der Handelskammer Karlsruhe unentgeltlich einsehen.

Die Abbaumassnahmen bei der Reichsbahn. Die Arbeiter des Eisenbahnausbesserungswerkes Karlsruhe nahmen in einer gutbesuchten Versammlung nochmals Stellung zum Arbeiterabbau in dem Eisenbahnausbesserungswerk Karlsruhe. Nach verschiedenen Resoraten wurde einstimmig eine Entschärfung angenommen, in der anerkannt wird, daß die Verbandsleitung des Einheitsverbandes jede Möglichkeit wahrgenommen hat, um den bevorstehenden Abbau zu verhindern bzw. abzuschwächen. Die Versammlung sieht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß eine Notwendigkeit zu dieser unsozialen Maßnahme des Abbaues nicht vorliegt. Sie fordert die weiteren die Wiedereinführung des Arbeitsschutzes für die Eisenbahnarbeiter, um dem Abbau wirksam zu begegnen.

Die Grippe hat im Laufe dieser Woche unter den Schültern eine leichte Zunahme erfahren. Im ganzen fehlen etwa 13 Proz. der Kinder in der Schule. Sie ist nahezu gleichmäßig über alle Schulen ausgebreitet und hat ihren bisherigen milden Charakter nicht verloren. Die Erkrankungs-ziffer der Lehrer ist zurückgegangen.

Café und Konditorei „Museum“. Die Eröffnung des „Café Museum“, das nach Jahren das durch Feuer zerstörte Etablissement gleichen Namens in der Kaiserstraße ersetzt, ist nicht nur von lokaler Bedeutung. Durch ihre stilvolle Vorrichtung und gediegene Einrichtung sind die neuen Gasträume geeignet, auch den verdienstlichsten Fremden, der einen aparten Betrieb aufzusuchen pflegt, anzuloden und voll auf zu befriedigen. Dabei ist mit dem Umbau der ursprünglich geschäftlichen Zwecken dienenden Räumlichkeiten in der Kaiserstraße 32 von dem Architekten J. Frommholz ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet worden, und keine Kosten wurden gescheut, um dem Restaurant alle Chancen zu bieten, die man von einem modernen, mit den letzten technischen Errungenschaften ausgestatteten Caféhaus ersten Ranges verlangen kann. Betritt man den mit erstemem Geschmack hergerichteten großen Saal, so ist man zunächst angenehm überrascht von der gelungenen Lösung des schwierigen Problems, die Nähe möglichst weit zu rücken und doch dem langgezogenen Raum einen intimen Charakter zu wahren. Parte Stoffwirkung und üppiger Lichterglanz aus verstellten Beleuchtungskörpern tragen das ihre bei, die wohlige Stimmung zu erhöhen. Ein reizvoll bauliches Interieur bietet außerdem der rote Saal im zweiten Stockwerk, gleich den Parkettzimmern verschönt durch plastischen und bildnerischen Schmuck aus der Hand so namhafter Künstler wie S. Eichrodt, Madlot, Dempfing, Sutor, Schneider u. a. Zweifellos hat Herr Hermann Böhlers, der gleichzeitig Inhaber des bekannten „Café Oden“ ist, unter beträchtlichem Ausstattungsaufwand eine gastliche und ungemünz freundlichliche Stätte geschaffen, die sozia in den Lebenswürdigkeiten der badischen Landeshauptstadt zählen wird. Schon bei der Eröffnungsfest, zu der am Freitag morgen sich zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden sowie ein ansehnliches Publikum aus hiesigen Wirtschaftskreisen und Kunstkreisen eingefunden hatten, kam wiederholt einstimmiges Lob über das ge glückte Werk zum Ausdruck.

Badisches Landestheater. Das Shakespeares „Wie es euch gefällt“ zu den Komödien des großen Dichters gehört, die verhältnismäßig selten im Spielplan der Bühnen erscheinen, findet seine Erklärung zum wesentlichen Teil wohl in seinen für die alte Bühne schier unüberwindlichen Schwierigkeiten. Der moderne Bühnenapparat hingegen bewältigt jene Hindernisse des Shakespeareschen Szenengefüges mühelos, es bedarf keiner vergewaltigenden „Einrichtungen“ des dramatischen Organismus mehr, um ihn überhaupt bühnenmäßig zu machen, auch ohne „Shakespeare-Bühne“ werden die Werke in ihrer ursprünglichen und unmißverständlichen Gestalt lebendig. Vor rund zehn Jahren zum letztenmal hier gegeben, erzählt „Wie es euch gefällt“ wiederum für Mittwoch, den 26. Januar, eine völlige Neueinführung und Reinszenierung durch Felix Baumbach, unter erstmaliger Verwendung der Bühnenmusik von Hermann Jäger.

Das Bad. Konservatorium für Musik das durch sein unlängst veranstaltetes Kammerkonzert mit alter Musik allgemeines Interesse geweckt hat, bringt nun in seinem nächsten Konzert, das am Samstag, den 5. Februar 1927 abends 8 Uhr im Bürgeraal des Rathauses stattfindet, Werke zeitgenössischer Komponisten, die hier in Karlsruhe noch nicht zur Aufführung gekommen sind. In diesen Schöpfungen von Hindemith, Jarnach, Schels und Weismann werden durch Eingeziehung der Flöte und der Violine zum Klavier eigenartige Klangkombinationen erreicht, die in Verbindung mit ungemein reizvollen Einfällen als besonders typischer Ausdruck des modernen Kammermusikschaffens erscheinen. Der einheitlich gehaltene Eintrittspreis wurde wieder auf den außerordentlich niedrigen Betrag angelegt.

### Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	22. Januar		21. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.44	168.86	168.44	168.85
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.58	112.33	112.61
London 100 £.	18.31	18.35	18.25	18.29
Paris 100 F.	20.411	20.601	20.449	20.501
New York 1 D.	4.2135	4.2235	4.213	4.223
Schweden 100 Kr.	16.70	16.74	16.71	16.75
Schweiz 100 Fr.	81.14	81.34	81.145	81.345
Wien 100 Schilling	59.43	59.57	59.43	59.57
Prag 100 Kr.	12.473	12.513	12.473	12.513

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 18. Januar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7294 pence.

Keine Änderung der Gütertarife. In Garmisch-Partenkirchen waren am Donnerstag und Freitag die Tarifkommission und der Ausschuss der Berechtigten zur Beratung der Gütertarife zusammengekommen. Das Ergebnis ist, daß man von einer Abänderung der geltenden Tarife augenblicklich Abstand nehmen will.

### Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stande vom 20. Januar 1927

Börse. Durch die Herabsetzung des Wechselkurses der Reichsbank hat das Börsengeschäft wieder einen kräftigen Impuls bekommen. Man rechnet, daß die Wirtschaftsjunktur durch die Verbilligung der Zinssätze einen neuen Antriebsimpuls erhält. Die starke Wirkung der diesmaligen Diskontherabsetzung erklärt sich auch daraus, daß man vielfach nur eine Prozentige Herabsetzung erwartet hatte. Die Kaufbewegung an der Börse setzte sich so weiter fort, besonders in einigen Spezialwerten. Das Publikum war stark am Markt, und die Spekulation schritt unter diesem Eindruck zu neuen Engagements. Die großen Käufe zeugen von der außerordentlichen Menge unbeschäftigten Geldes, das zur Börse drängt und um jeden Preis Anlage sucht. Die Tendenz war gegen Wochenende aber nur leicht abgeschwächt.

Am Geldmarkt hat sich die Verflüssigung weiter fortgesetzt. Tagesgeld ist in großen Positionen zinsbringend kaum noch unterzubringen. Infolgedessen ist auch die Nachfrage nach Termingeld stark zurückgegangen.

Produktenmarkt. Das Geschäft auf den Getreidemärkten war etwas lebhafter und die Preise haben in allen Sorten angezogen. Auch vom Ausland, besonders von Argentinien, werden höhere Preise gemeldet. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 269 (plus 2), Roggen 260 (plus 2), Wintergerste 207 (plus 2), Sommergerste 245 (unb.), Hafer 190 (plus 12) Mark je pro Tonne und Mehl 37% (plus 2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die leichte Preiserhöhung am Rohbaumwollmarkt hatte für Baumwollfabrikate Preisherabsetzungen zur Folge. Auch der Wolllmarkt stand im Zeichen zunehmender Befestigung. Die Preise für Güte und Felle sind auf den Auktionen gestiegen. Die Nachfrage nach Leder in den Schuhfabriken ist lebhaft, während das Geschäft im Lederkleinhandel gering ist.

Viehmarkt. Auf den Schlachtviehmärkten war das Geschäft nicht einheitlich. Die Großviehmärkte waren stark befahren. Das Geschäft blieb aber mäßig und die Preise neigten nach unten. Kälber bekundeten bessere Nachfrage.

Deutsche Elektrizitätsausstellung Mannheim. Die zunächst für 1928 in Aussicht genommene allgemeine deutsche Elektrizitätsausstellung Mannheim wird nunmehr — da im gleichen Jahre die Stadt München eine Ausstellung „Heim und Technik“ veranstaltet — im Jahre 1929 stattfinden. Als Ausstellungsgelände ist das Gelände zwischen Augustanlage und Kienplatz mit Einbeziehung des oberen Eisenparcs in Aussicht genommen.

### Verschiedenes

#### Ein Bankkrach

Das „A. L.“ meldet aus Kalberg: Die Landwirtschafts- und Gewerbank A.G. in Hirsch in Rommern ist mit 340 000 M. Passiven, denen nur 2500 M. Aktiven gegenüberstehen, in Konkurs geraten. Zahlreiche Firmen und Großgrundbesitzer sind um große Summen geschädigt. Die Gläubiger beabsichtigen, gegen den Leiter der Bank wegen betrügerischen Bankrotts vorzugehen. Mit dem Bankkrach wird der Selbstmord des Grafen von Schlieffen, der mit 70 000 M. an der Bank beteiligt war und sein ganzes Geld verloren hat, in Verbindung gebracht.

### Badisches Landestheater Karlsruhe

Montag, den 24. Januar 1927  
Th.-Gem. I. S.-Gr.

### 6. Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters  
Leitung: Professor Franz Schalk  
Direktor der Wiener Staatsoper

1. Klavierkonzert Nikolai Lopatnikoff  
Solist: Hans Bruch (Mannheim)
  2. Das Lied von der Erde Gustav Mahler  
Solisten: Magda Straß und Robert Bux
- Anfang 8 Uhr I. Sprechst. Mark 4.— Ende 9 1/2 Uhr

### COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr  
Sonntag 4 und 8 Uhr

### Die Tugendprinzessin

Variete-Operette in 3 Akten 51  
mit Einlagen und zwei Balletts

### 1000 Dtz. Bettücher

meine altbewährte Qualität, rein weiße, leinene la Ware, aus feinem englischen Nachsgarn gewebt, zu Brautausstattungen und in jedem Haushalte bestens zu gebrauchen, sind billig abzugeben.  
100x250 cm groß 1 Stück M. 7.50  
150x250 cm groß 1 Stück M. 7.20  
Kleinste Abgabe 6 Stück (oder 15 m im Ganzen). Versandt per Nachnahme, franko, durch  
Leinwandweberei Franziska Marfil, Reinerz, Schlesien.  
Viele Anerkennungsbriefe für solide Bedienung.

### erfahrener Chauffeur

Gesucht von Fabrikdirektion in Oberbaden  
zugleich perfekter, unbedingt selbständiger  
Auto-Mechaniker. Für Unverheirateten  
freie Station. Angebote mit Zeugnisabschr.  
und Lohnansprüchen unter G. 99 an die  
Expedition der Karlsruher Zeitung.

### Steinlieferung für den Kehler Hafen.

Das Rheinbauamt Offenburg vergibt die freie Lieferung von insgesamt 3000 cbm Rheinbausteinen II. Klasse gemäß Verordnung des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922. Lieferungsbedingungen liegen während der üblichen Dienststunden auf dem Rheinbauamt Offenburg zur Einsichtnahme auf. Angebotsvorbeude werden an Bewerber abgegeben. Eröffnung der Angebote am Dienstag, den 15. Februar 1927, vormittags 10 Uhr, in unserem Geschäftszimmer in Offenburg, Wilhelmstraße 2. Zuschlagsfrist 4 Wochen. J. 636 Rheinbauamt.

### Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Forchheim ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. J. 641  
Karlsruhe, den 20. Januar 1927. D. J. 14  
Bezirksamt Abt. II b.

### Heirat.

Süßche Dame, 20 Jahre alt, mit 350 000 Dollar Barvermögen, wünscht tüchtigen, soliden Ehegatten, durch  
Frau Sander,  
Berlin-Wilmersdorf,  
Brandenburgische Straße 46.

### Leichenwagen

Jede Ausführung vorzüglich, günstige Zahlungsbedingungen liefern als Spezialität  
Fahrgesch. und Karosseriefabrik  
Lorch (Württg.) 9.

## Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. J. 683

### Jetzt ist der richtige Zeitpunkt

Ihre Zeitschriften neu zu abonnieren

Denken Sie dabei für Gattin und Kind wie auch für Ihren eigenen Bedarf, je nachdem an:

- Neue Frauenkleidung und Frauenkultur. Zeitschrift für persönliche künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk. 23. Jahrgang 1927. Illustriert. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—.
- Gymnastik. Monatszeitschrift und Mitteilungsblatt des deutschen Gymnastik-Bundes E. V. Einzelheft M. 0.60, Halbjahr M. 3.—. Erscheint vorerst in Doppelheften zweimonatlich.
- Badische Rechtspraxis. Annalen der Badischen Gerichte. 93. Jahrgang 1927. Herausgegeben von Landgerichtsdirektor Dr. R. Lutz und Rechtsanwalt Dr. R. Strauß. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—.
- Betriebsführung. Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, E. V. in Karlsruhe. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 0.80, Halbjahr M. 4.—.
- Ethos. Vierteljahrsschrift für Soziologie, Geschichte und Kulturphilosophie. 4 Hefte. Einzelheft M. 5.50, Halbjahr M. 9.—.
- Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission. Jeder Jahresband erscheint in 4 Heften. Einzelheft M. 4.—, Komplet M. 16.—.

Diese Zeitschriften unterscheiden sich von dem Gros der Unterhaltungsblätter und populären Fachzeitschriften durch ihren wirklich ernsthaften Charakter bei hohem Bildungswert

Probenummern kostenlos  
Verlag G. Braun, Karlsruhe

### Gemeinde-Sparkasse Malsch.

Geschäftsbericht pro 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	M.		M.
Hypotheken	224 650.—	Spareinlagen	490 521.12
Gemeindedarlehen	4 000.—	Giroeinlagen	35 943.99
Liegenschaftsloansschillinge	6 900.—	Aufwertungs-Einlagen	492 756.42
Darlehen an Private gegen		Reinvermögen	26 941.10
Schuldschein	235 523.—		
Anlage bei den Girozentralen	38 949.15		
Aufwertungsfonds	509 388.61		
Einnahmerückstände	13 367.87		
Kassenvorrat	12 557.60		
Gerätschaften	826.40		
	1 046 162.63		1 046 162.63

Malsch, den 20. Januar 1927.

Der Verwaltungsrat:  
Belzer.

Der Geschäftsleiter:  
Belzer.

J. 637. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wilhelm Koch, Hotelier zum Friedrichshof in Bruchsal, ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis bestimmt auf:  
Mittwoch, den 16. Febr. 1927, vormittags 11 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, II. Stod, Zimmer Nr. 16.  
Bruchsal, 17. Jan. 1927.  
Der Berichtschreiber des Amtsgerichts.

J. 639. Eppingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Holz & Kohl, G. m. b. H. in Mühlbach wurde nach Abhaltung des Schluss-Termins aufgehoben. Eppingen, 18. 1. 1927. Bad. Amtsgericht.

J. 640. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Pianohaus G. Kunz, Inhaber Alex Pfaffel hier wurde nach Anhörung der Gläubigerversammlung eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist.

### Wasser- u. Straßennachbauamt

Die Gemeinde vergibt Herstellung eines Wasserhochbehälters aus Beton von 80 cbm Fassungsraum und zwar  
280 cbm Erdbarbeit,  
120 cbm Beton,  
480 qm Verputz.  
Angebote bis spätestens 15. Februar 1927, vorm. 11 1/2 Uhr, an Bauamt Bonndorf. J. 634  
Pläne und Bedingungen liegen auf u. Angebotsunterlagen können bezogen werden von  
Bad. Wasser- u. Straßennachbauamt Bonndorf.

### Wasser- u. Straßennachbauamt

Die Gemeinde vergibt folgende Herstellungen:  
1. Wasserhochbehälter mit 150 cbm Fassungsraum, aus Beton, mit allen Erdbarbeiten,  
2. Wasserleitungsarbeiten einschl. der Erdbarbeiten, u. Lieferung aller Eisenstücke und zwar  
4500 lfdm. Hauptleitungen,  
1100 lfdm. Hausanschlußleitungen.  
Angebote bis spätestens 15. Februar 1927, vorm. 11 1/2 Uhr, für den Hochbehälter, bis spätestens 10. Februar 1927, vorm. 11 1/2 Uhr, für die Wasserleitungsarbeiten an Bauamt Bonndorf. J. 635  
Pläne und Bedingungen liegen auf u. Angebotsunterlagen können bezogen werden von  
Bad. Wasser- u. Straßennachbauamt Bonndorf.

### Radelrundholzverkauf

des staattlichen Forstamts Baden, freihändig, aus den Dist. I bis III etwa 780 km. aller Klassen in 8 Losen. Angebote bis

spätestens Freitag, den 28. Jan. 1927, vorm. 11 Uhr. Losauszüge und nähere Auskunft durch das Forstamt, Schlossleierstr. Nr. 2, Tel. 1006. J. 638



Badisches Landestheater  
Sonntag, 23. Januar 1927  
Nachmittags

8. Vorstellung der Sonderniete für Auswärtige  
Der Evangelist  
von Menz  
Musikalische Leitung:  
Dr. Heinz Knöll  
In Szene gesetzt von  
Helmut Große

Friedrich Lander  
Martha Blättermann  
Magdalena Straß  
Johannes Barth  
Mathias Rentwig  
Kaver Siegfried  
Anton Löfer  
Wibler Gröbinger  
Dessen Frau Bauer  
Frau Huber Burt  
Hans Rainbach  
Nachtwächter Milan  
Lumpenjammlerin Arras  
Anfang 3 Ende geg. 6  
I. Sprechst. M. 4.—

Abends  
\* D 14 (Donnerstagniete)  
Th.-Gem. 1001—1100

### Die Puppenfee

Ballett von Joseph Bayer  
Einsstudiert von E. Viefelsfeld  
Musik. Leitung: Dr. Knöll

### Sierauf

Klein Idas Blumen  
Langspiel von R. v. Klenau  
Einsstudiert von E. Viefelsfeld  
Musik. Leitung: Dr. Knöll  
Anfang 7 1/2 Ende 9 1/2  
I. Sprechst. M. 7.—

Im Stadt. Konzerthaus  
Sonntag, 23. Jan. 1927

Nur kein Standal  
von Karl Müller-Muzila  
In Szene gesetzt von  
Dr. Gerhard Storz

Greindel Höder  
Friede Ermarth  
Kunemann Rademacher  
Eulalia Zeitgeb  
Elli Staud  
Wassewitz Roesch  
Blane Albrecht  
Günlein Bodt  
Schapper Gemmede  
Jeanette Meert  
Frische Röberl  
Kellner Schreiber  
Anfang 7 1/2 Ende geg. 10  
I. Sprechst. M. 4.20

Resi-denz  
Lichtspiele  
Waldstraße 78  
Ben Hur